

nach vor allem darauf gerichtet sein, wieder zu einer rein sozialistischen Regierung zu kommen, selbst wenn für dieses Ziel vorübergehend erhebliche Opfer gebracht werden müssen.

Wir wissen natürlich auch sehr wohl, daß die Kommunisten die tödliche Absicht haben, die Sozialdemokratische Partei, wenn sie ihr zu einer Regierung verhelfen, nach Kräften zu schikanieren, da sie, wie Genosse Grubnauer sich ausdrückt, „die Sozialdemokratie ihrer Kautation- und Illusionspolitik untertan“ machen wollen. Die Sozialdemokratische Partei Sachsens hat deutlich genug zu erkennen gegeben, daß sie unter keinen Umständen gewillt ist, noch der kommunistischen Weise zu tanzen, aber so lange die Kommunisten erklären, daß sie eine sozialistische Regierung unterstützen wollen, muß die Sozialdemokratie in Sachsen eine sozialistische Regierung einer Regierung der Großen Koalition vorgehen. Scheitert dann eine sozialistische Minderheitsregierung an den Kommunisten, so werden diese die Verantwortung der Arbeiterschaft gegenüber zu tragen haben. Selbstverständlich ist eine sozialistische Minderheitsregierung, die von den Kommunisten abhängig ist, nicht unser Ideal, aber sie bietet größere Möglichkeiten, eine Politik zu treiben, mit der dem Proletariat dienlich ist, als eine Koalitionsregierung, die auf die Wünsche der Klüber und Kompagnie Rücksicht nehmen muß. Wenn die vier Teile von der K.P.S.D. trotzdem nicht bereit sind, den Versuch einer sozialistischen Regierung zu unterstützen, so zeigt das nur, wie groß bei ihnen der Selbsthätigkeit an sozialistischer Gesinnung ist.

Schlägerorganisation der Hakenkreuzler

H. Breslau, 6. Januar. (Eig. Fundspruch.) Der Breslauer Polizeipräsident veröffentlicht jetzt zu den (gehörten) Antisemitischen Ausschreitungen in einer belebten Breslauer Straße folgende Erklärung:

„Die bisherigen polizeilichen Ermittlungen über den Verfall in der Nacht vom 3. zum 4. Januar haben ergeben, daß es sich nicht um gegenseitige Kämpfe gehandelt hat, sondern um einen durch nichts begründeten einseitigen Überfall von Mitgliedern des Bundes „Totenkopf“ auf friedliche Bürger. Die Angelegenheit wird in Kürze der Staatsanwaltschaft übergeben.“

Weiter wird mitgeteilt, daß die Polizei in die betroffene Gegend einen verstärkten Schutz durch Radfahrpatrouillen geschickt hat, und daß die Beamten angewiesen sind, bei ähnlichen Vorfällen mit aller Schärfe gegen die Friedensbrecher vorzugehen. Allerdings sei die Zahl der zur Verfügung stehenden Polizeikräfte eng begrenzt.

Endlich einmal Schutz der Reichsfarben

H. Kassel, 5. Januar. (Eig. Draht.) Der junge Deutsche Lehrer Rundschau hat im Jahre 1924 in einem Zeitungsartikel die Reichsfarben Schwarzrotgold dadurch beschimpft, daß er sagte: „Farben, die so viel Enttäuschungen und Scheltungen in sich bergen, an denen so viel Verrot, Nichtsmärtdigkeit und Gemütskränkung...“ Wegen dieser Worte ist gegen Rundschau, der an einer Kesseler Schule unterrichtet, und dem verantwortlichen Schriftleiter der Zeitung zunächst ein Strafverfahren wegen öffentlicher Beschimpfung der Reichsfarben eingeleitet worden. Die beiden Angeklagten wurden zwar in erster Instanz zu 100 M. Geldstrafe verurteilt, das Verfahren wurde aber schließlich auf Grund der Hindenburg-Amnestie eingestellt. Daraufhin veranlaßte die preussische Regierung ein Disziplinarverfahren gegen Rundschau, in dem er zu einer Geldstrafe in Höhe eines Monatsgehalts verurteilt wurde. Selbst mit diesem milden Urteil war der Angeklagte nicht zufrieden. Er legte durch seinen Verteidiger, den völkischen Rechtsanwalt Quetschmann, Einsprüche ein, der sich umgekehrt auch die preussische Regierung anfohlen. In diesen Tagen ist nun im Verwaltungsverfahren entschieden worden, wobei der Disziplinarricht auf Dienstentlassung unter Verurteilung jeder Unterführung erkannt.

Reichsbannerleute werden immer verurteilt

Hakenkreuzler überhaupt nicht angeklagt

R. Düsseldorf, 5. Januar. (Eig. Draht.) Wegen „Landfriedensbruchs“ hatten sich vor dem erweiterten Schöffengericht in Düsseldorf 12 Reichsbannerleute aus Opladen und Biersdorf zu verantworten. Sie waren beschuldigt, am 21. Juni 1926 eine Truppe Hakenkreuzler umzingelt und vertrieben zu haben. Aus der Vernehmung der Angeklagten ging mit Bestimmtheit hervor, daß von Landfriedensbruch keine Rede sein konnte, sondern es sich um eine gewöhnliche Prügelei zwischen jungen Leuten handelte, die allerdings durch das Verhalten der Hakenkreuzler hervorgerufen wurde. Trotzdem das Gericht in der Urteilsbegründung selbst die Angeklagten wegen Landfriedensbruchs fallen lassen mußte und erklärte, mit Rücksicht auf die meist jugendlichen Angeklagten ein mildes Urteil fällen zu müssen, wurden gegen zwei Reichsbannerleute je 3 Monate Gefängnis, gegen acht je 1 Monat Gefängnis und gegen zwei je 2 Wochen Gefängnis verhängt. Die Hakenkreuzler, die die ganze Prügelei verschuldet hatten, waren natürlich nicht unter Anklage gestellt. Der Staatsanwalt hatte gegen die Hauptangeklagten je 8 Monate Gefängnis beantragt.

Das Urteil ist nach dem Verlauf der Beweisaufnahme unerwartet und zeigt wieder einmal, daß von der deutschen Justiz gegen Republikaner mit den schärfsten Strafen vorgegangen wird, während in ähnlichen Fällen rechtsradikale Preise nachsichtiglich Richter finden. Die Reichsbannerleute werden vorzugsweise gegen das Urteil Berufung einlegen.

Sozialistische Mindestforderungen

Bedingungen zur Regierungsteilnahme in Belgien

F. Brüssel, 6. Januar. (Eigener Fundspruch.) Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei befaßt sich am Mittwoch zur Durchführung des Beschlusses des Weltkongresses mit einem Mindestprogramm, das gleichzeitig mit der Frage, ob die Sozialisten in der Koalitionsregierung verbleiben sollen, den Kreisorganisationsunterbreitet werden wird. Nach mehrstündiger Debatte, wobei die gleichen Meinungsverschiedenheiten wie beim Kongress zum Ausdruck kamen, wurde schließlich beschlossen, folgendes Mindestprogramm den Kreisverbänden zu unterbreiten:

„Schnelle Aufhebung der Alters- und Unfallrenten, Stärkung des Kranken- und Arbeitslosenfonds, Weiterentwicklung der sozialistischen Krankenkassen, Stärkung des Arbeiterwohnungsbaus, Erhaltung des Mindestlohnes, grundsätzliche Verbehalten der Mehrwertsteuer auf hohes Einkommen, Revision von Arbeiterunfallgesetzen und Einführung eines Gesetzes über Berufskrankheiten, Reform der Arbeiterinspektion in den Kohlengruben, Vorbereitung der Nationalisierung unangesehener Kohlenfelder, baldige Weiterentwicklung der Autonomie der Gemeinden und Provinzen.“

Falls die Kreisverbände dieses Programm gutheißen, soll es zur Grundlage der Verhandlungen mit den anderen Parteien zur Regierungsbildung dienen. Außerdem beschloß der Ge-

neralrat eine Resolution, worin Forderungen aufgestellt werden, die zwar nicht unbedingt im Regierungsprogramm sein müssen, dafür aber sobald die sozialistischen Minister wie die Parlamentarisation energisch einzutreten sollen. Dazu gehören insbesondere die Entwicklung des Volkunterrichts und die Verschärfung der Aktion auf internationalem Gebiet namentlich für Abrüstung und Reform des Völkerrechts und Herabsetzung der Dienstzeit auf sechs Monate.

Sozialistische Taktik zur französischen Senatswahl

P. Paris, 4. Januar. (Eigener Draht.) Der Führer der sozialistischen Kammerfraktion, Leon Blum, hatte die sozialistischen Senatsdelegierten von Paris und Umgebung für Dienstag zu einer Aussprache zusammenberufen, wobei er sie nochmals zu strenger Einhaltung der Parteidisziplin aufforderte. Jeder sozialistische Wähler müsse beim ersten Wahlgang für die sozialistische Liste und im zweiten Wahlgang für die Kartellelisten, wo eine solche mit den anderen Linksparteien aufgestellt ist, stimmen.

Amerikas Rüstungen

Wb. Washington, 5. Januar. Der Marinenausschuß des Repräsentantenhauses hat eine Entschließung angenommen, in der er sich für eine Erhöhung der Zahl der Geschütze auf allen älteren Schlachtschiffen der Vereinigten Staaten ausspricht, um mit den britischen Schiffen auf gleiche Höhe zu kommen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Butler, führte bei der Beratung aus, daß England als Staatseinkauf im Jahre 1924 erklärt habe, eine Erhöhung der Beschützung verleihe gegen den Vertrag von Washington. Der Geist dieses Vertrags aber sei tot, und das Rennen habe begonnen. Es sei die höchste Zeit, daß Amerika die Führung übernehme.

Diese Nachricht bestätigt wieder das doppelte Gesicht der Vereinigten Staaten. Während Präsident Coolidge eine Friedenspolitik nach der anderen herausgibt, treiben die Rüstungsinteressenten ihr Spiel des Aufrüstens munter fort. Nordamerika wird bald den gewaltigsten Militarismus haben, der schließlich den Weltfrieden bedroht. Da die Vereinigten Staaten außerhalb des Völkerbundes stehen, können

Der nächste Mann

Die Aussichten des Herrn Dr. Curtius

D. Berlin, 6. Januar. (Eig. Fundspruch.) In der heutigen Morgenpresse und zwar sowohl in der Täglichen Rundschau wie in der Germania wird behauptet, daß der Reichspräsident beabsichtige, in den nächsten Tagen den bisherigen Wirtschaftsminister Dr. Curtius mit der Bildung der neuen Reichsregierung zu beauftragen. Die Tägliche Rundschau fügt dem hinzu, daß eine Berufung von Dr. Curtius zur Regierungsbildung dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei nicht unbekannt ist, sondern von ihm auch schon gebilligt wurde. Curtius soll nach den gleichen Quellen zunächst den Versuch machen, ein Kabinett auf der Grundlage einer Koalition sämtlicher bürgerlicher Parteien zu bilden. Die Tägliche Rundschau selbst bezweifelt, daß ein solcher Versuch zum Ziel führt und die Germania erklärt es „für ausgeschlossen, daß sich das Zentrum an einer solchen Koalition beteiligen könnte“. Für diesen Fall glaubt die Tägliche Rundschau an ein Kabinett der Mitte, dessen

sie dieses doppelte Spiel treiben. Ob die Abrüstungskonferenz zustande kommt und welche Rolle dabei die Vereinigten Staaten spielen werden, läßt sich noch nicht voraussagen. Hat das Rüstungskapital in Amerika auch weiter den Erfolg für sich, so wird die Lage immer bedrohlicher.

Amerika liefert den Konservativen in Nicaragua Waffen

Wb. New York, 5. Januar. Die Associated Press aus Managua meldet, daß das Staatsdepartement in Washington dem Führer der Konservativen in Nicaragua, Diaz, die Erlaubnis erteilt, aus den Vereinigten Staaten 1000 Gewehre und 100 Maschinengewehre, ferner einige Millionen Patronen zu beschaffen.

Französische Munition für Polen

Danzig, 5. Januar. Im Danziger Freilafen ist wieder ein polnischer Dampfer mit französischer Munition für die polnische Armee eingelaufen. Die Ausladung des Dampfers, der 200 Kisten Schießbaumwolle an Bord führt, geschieht unter der Beobachtung der Danziger Schutzpolizei. Die Erregung unter der Bevölkerung ist groß über die andauernden polnischen Munitionstransporte, da sie einerseits die Sicherheit im Danziger Hafengebiet gefährden, andererseits das Nichttauen gegen die so stark betonte Friedensliebe Polens stärken.

Flucht des meineidigen Angebers

Der meineidige Kaufmann Breslauer, der zu Beginn des vergangenen Jahres fälschlich den Holzgroßhändler Dr. Hermann Simmelbach der Verdrängung gegen den Besitzer des Berliner Holzmarkts, Herzbach, bezichtigte, ist plötzlich verschunden. Breslauer war nach anfänglicher Verhaftung unter der Voraussetzung auf freien Fuß gesetzt worden, sich täglich einmal auf dem zuständigen Polizeirevier zu melden. Diese Voraussetzung ist seit Dienstag nicht mehr erfüllt worden. Die vorläufigen Feststellungen der Polizei ergaben, daß sich Breslauer seit dieser Zeit in seiner Wohnung nicht mehr aufgehalten hat. Gemeinheit und Freigiebigkeit leben schon immer in einer Faust.

Lebensfähigkeit nach ihrem Wunsch durch wohlwollende Neutralität der Deutschnationalen gesichert werden soll, da „gegen eine Orientierung nach links außer länderwählenden lokalen Gründen auch die Streiffragen sprechen, die sich an die Befragung des Reichswehrministeriums und an die Person des Reichswehrministers geknüpft hätten“.

Auch die Germania sieht eine Regierung auf der bisherigen Grundlage als die aussichtsreichste Möglichkeit an, aber für diesen Fall betrachtet es das Blatt als selbstverständlich, daß die Führung bei dem Zentrum verbleiben müsse. Durch die Übernahme des Reichsanwalteramtes durch Herrn Dr. Curtius wären die beiden führenden Minister in völkischparteilichen Händen und das bedeutete eine solche Verlegung des Schwerpunktes, daß man kaum noch von einer Regierung der Mitte reden könnte.

In der Tat würde ein solches Kabinett schon durch die Person des Herrn Curtius so stark nach rechts weisen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion es ablehnen dürfte, an eine Unterstützung überhaupt nur zu denken. Im übrigen sind die Voraussetzungen bekannt, unter denen sich die Sozialdemokratie zur Beteiligung an einer Regierung oder zu ihrer Unterstützung bereit erklärt hat.

Am Rande des Defizits

Der Reichsetat für 1927

Der Reichsetat für 1927 liegt jetzt vor. Neben der Bildung der neuen Regierung ist seine rechtzeitige Erledigung die wichtigste Aufgabe des Reichstages. Das aber ist keineswegs leicht. Die Zeit ist sehr knapp, nur wenig mehr als zwei Monate stehen bis zum Beginn des neuen Etatsjahres am 1. April zur Verfügung. Aber auch der Inhalt des Etats macht seine Erledigung nicht einfach.

Der Entwurf des Etats balanciert mit 8,5 Milliarden Mark an Einnahmen und Ausgaben. Hier von ausfallen 7,9 Milliarden Mark auf den ordentlichen Haushalt, die durch Steuern, Zölle, Verbrauchsabgaben und Verwaltungsbeiträge gedeckt. Der außerordentliche Haushalt weist einen Ausgabebedarf von rund 0,5 Milliarden Mark auf, die durch eine Anleihe gedeckt werden sollen. Der Haushaltsentwurf für 1927 schließt also im wesentlichen in der gleichen Höhe ab wie der Etat des Jahres 1926. Da im Rechnungsjahr 1927 die Reparationszahlungen aus dem Haushalt um 348,5 Millionen Mark steigen, so müssen bei einer nicht erhöhten Gesamtausgabe an anderer Stelle erhebliche Ersparnisse gemacht werden sein.

Gleichwohl ist es erheblich größeren Schwierigkeiten begegnet, den Haushaltsplan ins Gleichgewicht zu bringen, als im Vorjahr. Die Finanzsituation Deutschlands wird von Jahr zu Jahr gespannter, da die Reparationslasten dauernd und stark steigen. Es fehlen jetzt auch die Ueberschüsse aus den Jahren 1924 und 1925, mit denen die Verbrauchsausgaben im Jahre 1926 gedeckt wurden. Außerdem vermindern sich die Gewinne aus den Münzprägungen, und es sind schließlich auch die verkleinerten Reserven aufgebraucht, die in der Zeit der Luther-Schleichen angeammelt worden waren. Trotzdem weist der Haushaltsentwurf äußerlich ein Gleichgewicht auf. Es entsteht jedoch die Frage, ob dieses Gleichgewicht auch in Wirklichkeit vorhanden ist oder ob nicht vielmehr, um das äußere Gleichgewicht herzustellen, die Einnahmen zu hoch und die Ausgaben zu niedrig angesetzt worden sind.

Bei Beurteilung der Einnahmen ist zunächst zu berücksichtigen, daß ein Betrag von 400 Millionen Mark aus Ueberschüssen früherer Jahre vollständig weggefallen ist, doch aus der Münzprägung 100 Millionen Mark weniger zur Verfügung stehen, und daß die Gesamtausgaben des ordentlichen Haushalts um 400 Millionen Mark höher sind als 1926. Das ist ein Gesamtbedarf von 900 Millionen Mark. Diese Summe wird durch Mehreinnahmen aus Steuern um 900 Millionen Mark zu decken gesucht. Und zwar erwartet man bei den Besitz- und Verkehrssteuern einen Mehretrag von 519, bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben einen Mehretrag von 381 Millionen Mark.

Die Mehreträge sind im allgemeinen vorläufig geschätzt. Bei der Schätzung ist man von der Annahme ausgegangen, daß eine Verbesserung des Wirtschaftslebens andauern wird, die den bisherigen Steuerertrag um etwa 10 bis 15 Prozent steigert. Dem kann man

zustimmen. Das bedeutet aber zugleich, daß in erster Linie der Ertrag der von der Konjunktur abhängigen Steuern, also der Lohnsteuer, der Umsatzsteuer und der Beförderungsteuer mindestens in diesem Ausmaß steigen muß. Aber gerade in dieser Hinsicht weichen die Schätzungen der Regierung vollkommen ab. Bei der Lohnsteuer rechnet man trotz dem völlig unveränderten Steuerfuß nur mit einem Mehretrag von 5 Prozent. Bei der Beförderungsteuer wird überhaupt kein Mehretrag erwartet, bei der Umsatzsteuer ist der Mehretrag ebenfalls so niedrig geschätzt. Auch bei einigen Verbrauchssteuern scheint man zu niedrig geschätzt zu haben, z. B. bei der Zuckersteuer, die bei einer Verringerung des Wirtschaftslebens zweifellos infolge Steigerung des Verbrauchs einen über die amtliche Schätzung hinausgehenden Mehretrag liefern wird. Auch bei den Zöllen kann man mit einer ähnlichen Entwicklung rechnen. Dagegen sind die Mehreträge bei den eigentlichen Besitzsteuern zweifellos überschätzt. Bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer z. B. rechnet man mit einem Mehretrag von 40 Prozent gegenüber 1926. Man muß bezweifeln, daß die sehr hohen Schätzungen des künftigen Ertrages der Einkommen-, der Körperschafts-, der Vermögens- und der Erbschaftsteuer berechtigt sind. Auf jeden Fall entfällt erneut der Einbruch, daß — wie in früheren Jahren — der Ertrag der Besitzsteuer abichtlich überschätzt, der der Massenbelastung abichtlich unterschätzt wird. Sieht man aber von dieser Fehlerquelle ab, so wird man auch zu dem Ergebnis kommen, daß bei fortwährender allmählicher Verbesserung des Wirtschaftslebens die Steigerung des Steuerertrages um 900 Millionen Mark wohl eintreten wird.

Wie aber steht es mit den Ausgaben? Gegenüber dem Etat von 1926 sind bereits etwa 400 Millionen Mark durch Kürzung fortdauernd und einmaliger Ausgaben eingespart worden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß weitere Ersparnisse in wesentlichen Umfang möglich sein werden. Vergewaltigt man sich die Erfahrungen der vergangenen Jahre, dann wird man selbst bei Anhalten der Verbesserung des Wirtschaftslebens mit neuen Ausgaben rechnen müssen. Jede beratige Anforderung aber zerstört das Gleichgewicht des Haushalts, da Reserven zu ihrer Deckung nicht vorhanden sind und auch nur schwer beschafft werden können.

In dieser zu starken Anspannung des Etats liegt bereits die Gefahr eines Defizits. Es ist ausgeschlossen, daß der Etat mit seinen gegenwärtigen Ansätzen das ganze Etatsjahr hindurch unverändert bleiben kann. Schon gegenwärtig kann man erkennen, an welchen Stellen Veränderungen erforderlich sein werden. Es mag für heute genügen, die wichtigsten Änderungen herauszugreifen.

Zunächst der Reichsregierung trägt man sich mit der Absicht, die Mieten und Ablauf des Sperrgesetzes, am 31. März 1927, um 10 oder 20 Prozent zu erhöhen. Wird diese Absicht verwirklicht, so ist eine Erhöhung der Be-